

**Antworten der GRÜNEN LandtagskandidatInnen im Rhein-Sieg-Kreis  
Alexandra Gauß, Horst Becker MdL, Dr. Richard Ralfs und Wilhelm  
Windhuis auf die Fragen von attac Rhein-Sieg**

***1) Nachhaltigkeitskriterien in NRW***

***Deutschland hat sich auf UN-Ebene stark für die Verabschiedung der Nachhaltigkeitsziele eingesetzt. NRW ist das erste Bundesland mit einer eigenen Strategie zu deren Erreichung. Die Landesregierung sieht Nachhaltigkeit als die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft mit ökologischer Verantwortung und will sich für gute Arbeit, für ambitionierte Umweltstandards und für einen nachhaltigen Industriestandort einsetzen.***

***Wir sind deshalb der Meinung, dass***

- ***Nachhaltigkeitskriterien in jegliche Haushaltsentscheidungen der Landesregierung, auch bei Ausschreibungen, Auftragsvergabe, usw. einfließen müssen***
- ***jegliche Gesetzgebung auch bezüglich der Nachhaltigkeitsanforderungen geprüft werden muss.***

***Wie stehen Sie zu unserem Standpunkt?***

Wir GRÜNE stimmen dieser Position zu. Durch seine Nachhaltigkeitsstrategie ist NRW in Deutschland Vorreiter bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele.

Zum Grundverständnis der globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals oder Agenda 2030) der UN gehört, dass nachhaltige Entwicklung weltweit und auf allen Ebenen gemeinsam gestaltet werden soll. Die Ziele müssen auf das gesamte Regierungshandeln Einfluss haben, denn nur so können wir eine sozial-ökologisch kohärente Politik formulieren, die nicht auf Kosten der Entwicklung anderer Länder, unserer Umwelt und des Klimas geht. Wir GRÜNE wollen das Ziel der Nachhaltigkeit in die Landesverfassung schreiben, damit es für unser gesamtes Handeln gilt. Wir vertreten auch die Meinung, dass Gesetzentwürfe anhand von Nachhaltigkeitskriterien geprüft werden müssen. Wir wollen die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie weiterhin partizipativ gestalten und die Zivilgesellschaft durch einen Nachhaltigkeitsbeirat einbinden.

Auch die EU muss dazu einen Beitrag leisten. Wir wollen dazu beitragen, dass sich die EU stärker am Prinzip der nachhaltigen Entwicklung ausrichtet und dass die globalen Nachhaltigkeitsziele in der EU engagiert umgesetzt werden. Damit soll nicht nur ein internationaler Beitrag erreicht werden, darin besteht auch die Chance die Menschen in Europa für das europäische Projekt zu gewinnen.

***2) Transparenz – Lobbykontakte***

***In einer Demokratie müssen Informationen, die die Öffentlichkeit betreffen, allen zugänglich sein! Vor kurzem erschien das erste bundesweite Transparenz-Ranking. Nordrhein-Westfalen landet dabei im Mittelfeld, weil die gesetzlichen Regelungen viele Schwachstellen aufweisen.***

***Wir sind der Meinung, dass***

- **die „Open Government“-Strategie der Landesregierung nicht ausreicht, da die Landesministerien damit nicht zur Veröffentlichung wichtiger Informationen verpflichtet werden. Klare Regelungen für die Einsicht in Behördenakten werden nur durch ein Transparenzgesetz geschaffen, z.B: nach dem Hamburger Modell. Hiernach veröffentlichen Behörden von sich aus Verträge zur Daseinsvorsorge, Gutachten, Statistiken, usw. in einem öffentlich einsehbar zentralen und kostenlosen Informationsregister.**
- **der NRW-Landtag außerdem eine Transparenzoffensive beschließen muss, nach der jegliche Lobby-Kontakte zum Parlament detailliert veröffentlicht werden**

### **Wie stehen Sie zu dieser Transparenzoffensive?**

Wir GRÜNE finden diese Ansätze gut und verfolgen sie bereits seit langer Zeit. Im Landtag waren die GRÜNEN in den vergangenen Jahren immer Vorreiter in Fragen der Transparenz. Wir wollen, als eine der ersten Maßnahmen nach der Wahl, ein Transparenzgesetz auf den Weg bringen. Eine Umsetzung in dieser Legislaturperiode hat die SPD blockiert. Alle Bürger\*innen sollen, wann immer sie es wollen, Zugriff auf für sie wichtige Informationen der Behörden haben. Die Informationen sollen leicht auffindbar sein und es soll nicht mehr darauf ankommen, vorher einen Antrag zu stellen oder sonstige komplizierte Verwaltungsschritte abwarten zu müssen. Wir wollen, dass das Transparenzgesetz nicht nur für die Behörden des Landes gilt, sondern auch für die Kommunen.

Um Klarheit über die Lobbyarbeit in NRW zu erhalten, fordern wir GRÜNE die Einführung eines Lobbyregisters. Alle Interessenvertreter\*innen wie Lobby-Agenturen, Rechtsanwaltskanzleien, selbstständige Lobbyist\*innen aber auch Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmensvertretungen, Denkfabriken usw. sollen verpflichtet werden, sich darin verbindlich einzutragen. Das Lobbyregister soll online einsehbar, nach verschiedenen Kriterien durchsuchbar, sortierbar und herunterladbar sein. Alle Bürger\*innen sowie juristische Personen sollen Verstöße rügen können und Rügen sollen eine Überprüfung der in Rede stehenden Registerangaben zur Folge haben. Für die Ahndung von festgestellten Verstößen soll ein abgestuftes Sanktionssystem greifen. Nur so können Bürger\*innen, aber auch Abgeordnete und Lobbyist\*innen, effektiv darüber aufgeklärt werden, wer sich in den politischen Entscheidungsfindungsprozess einbringt und vor welchem Hintergrund dies geschieht. Nur so können Interessenskonflikte klarer aufgezeigt werden und die Arbeit von Interessenvertreter\*innen besser bewertet werden.

### **3) Freihandel - CETA nicht ratifizieren**

**Die aktuellen sogenannten Freihandelsverträge bringen weder wirtschaftliche Vorteile, noch sind sie demokratisch ausgerichtet. Außerdem setzen sie aufgrund ihrer Liberalisierungsverpflichtungen Kommunen und Gemeinden unter Druck ihr "Tafelsilber" Daseinsvorsorge zu privatisieren. Sie verschärfen damit die finanzielle Notlage der Kommunen in NRW und erhöhen langfristig die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger.**

**Wir sind der Meinung, dass**

- **CETA im neuen Landtag in Parlamentsausschüssen und im Plenum intensiv diskutiert werden muss, um seine Nachteile zu erkennen und seine Ratifizierung abzulehnen.**

- **alle weiteren sogenannten Freihandelsverträge in ihrer aktuellen Form solange nicht weiter verhandelt werden dürfen, bis in öffentlichen Debatten Grundlagen für einen fairen globalen Welthandel festgelegt wurden.**

**Wie stehen Sie zu einer Debatte über CETA im Landtag und zu anderen Handelsverträgen?**

Nach ausführlichen Debatten im Landtag, bei Podiumsdiskussionen und ähnlichen Veranstaltungen, mit den Menschen auf der Straße und zu zahlreichen weiteren Anlässen steht für uns GRÜNE in NRW fest, dass CETA in seiner aktuellen Fassung nicht zustimmungsfähig ist. Wir lehnen CETA ab und werden uns dafür einsetzen, dass Deutschland das Abkommen nicht ratifiziert.

Für uns ist klar: Nur ein fairer Handel kann ein freier Handel sein – das Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU ist aber alles andere als fair. In seiner aktuellen Fassung hätte CETA zahlreiche negative Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden in NRW. Es steht für eine Politik, die hart erkämpfte Rechte und Standards bedroht, statt sie zu stärken. CETA schwächt die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegenüber den Interessen von Unternehmen, es etabliert die zwischen Industrieländern gänzlich unnötigen Klageprivilegien für Unternehmen. Das Vorsorgeprinzip, ein Grundpfeiler des Umwelt- und Verbraucherschutzes in Europa, wird durch CETA geschwächt – das ist nicht hinnehmbar. Und wir wollen kein Handelsabkommen, das zulasten der sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer geht. Sie wären aber ebenso Verliererinnen der bisher verhandelten Abkommen. Wir wollen jedoch die Chancen und Marktzugänge dieser Länder stärken.

Wir wollen gerne unsere Partnerschaft mit Kanada vertiefen, aber wir wollen ein Handelsabkommen, das transparent verhandelt und an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet ist. Denn faire Handelspolitik kann das Leben vieler Menschen verbessern, indem sie beispielsweise Sozial-, Umwelt-, Verbraucher-, Datenschutz- und Gesundheitsstandards stärkt. Für uns GRÜNE ist ein hoher Schutz von Umwelt sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern kein Handelshemmnis. Dies müsste Ziel guter Handelspolitik sein, nicht ihre Zielscheibe. Deswegen brauchen wir einen Neustart in der europäischen Handelspolitik, um einen starken internationalen Rahmen für fairen Handel zu schaffen.

**4) Energiepolitik - Braunkohle**

**Die NRW-Landesregierung trägt durch ihre Unterstützung dazu bei, dass RWE - wissenschaftlich nachweisbar - einer der größten CO<sub>2</sub>-Emittenten Europas bleibt, und damit aus kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Interessen heraus massiv den weltweiten Klimawandel beschleunigt.**

**Damit wird zunehmend der Lebensraum von Menschen zerstört und Gesellschaften in ärmeren Regionen der Erde werden destabilisiert, was zu massiven Fluchtbewegungen führt. Dies wirkt sich auch direkt auf die Kommunen in NRW aus.**

**Wir sind der Meinung, dass**

- **wie DWI-Expertin Prof. Claudia Kemfert belegt hat, neben der Kernkraft auch alle fossilen Energieträger zugunsten von Ökostrom sofort beendet werden könnten. Die Energieversorgung wird dadurch weder teurer noch unsicherer.**

- **NRW seine rückwärtsgewandte Energiepolitik - schneller als bislang geplant - beenden und unter Entschädigung der Beschäftigten sofort aus dem Braunkohle-Tagebau aussteigen muss**
- **NRW beschließen soll, öffentliche Investitionen nur noch nach dem Divestment-Prinzip zu tätigen. Damit unterbleiben alle neuen Investitionen in klimaschädliche Kohle-, Öl- und Gaskonzerne und Direktinvestitionen sowie alle gemischten Fonds mit öffentlichen Beteiligungen und Industrieobligationen werden innerhalb von fünf Jahren abgestoßen**

### **Wie stehen Sie zu diesen Konsequenzen aus dem Klimawandel?**

Klimaschutz geht uns alle etwas an. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für eine klimafreundliche Energieversorgung, den Ausstieg aus der Kohle und für eine klimafreundliche und zukunftsfähige Mobilität ein. Die Energiewende ist für uns mehr als nur eine Stromwende. Wir wollen Strom, Wärme und Verkehr erneuerbar und nachhaltig gestalten, die Verbindungsmöglichkeiten zwischen den Sektoren nutzen und neue Mobilitätskonzepte umsetzen. Deshalb wollen wir die Erneuerbaren Energien in NRW weiter ausbauen und uns auf Bundesebene über den Bundesrat dafür einsetzen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht weiter ausgebremst wird. Die Energiewende geht zudem Hand in Hand mit dem Kohleausstieg. Denn nur wenn wir unsere Energieversorgung klimafreundlich gestalten, haben wir noch die Möglichkeit unsere Klimaziele einzuhalten. Deshalb wollen wir auf Bundesebene einen Kohlekonsens einleiten, an dessen Ende ein Kohleausstiegsgesetz mit einem Fahrplan für die Schließung der Kohlekraftwerke in Deutschland steht. Den Kohleausstieg wollen wir begleiten und sozialverträglich gestalten. Entscheidend ist aus unserer Sicht: Der Kohleausstieg beginnt jetzt. Der Zielkorridor für die gesetzlich festgelegten Restlaufzeiten der jeweiligen Kohlekraftwerke soll bundesweit für die nächsten zwei Jahrzehnte abschließend definiert werden. Auch wollen wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Investitionen des Landes aus fossilen Energien schrittweise abgezogen und Finanzmittel dort investiert werden, wo nachhaltige Innovationen stattfinden. Damit nimmt die öffentliche Hand ihre Vorbildrolle an. Deshalb haben wir bereits dafür gesorgt, dass die Gelder des Pensionsfonds nach nachhaltigen und ethischen Kriterien angelegt werden. Denn aus unserer Sicht wird die „Carbon Bubble“ – die Investitionsblase, die aus der Unvereinbarkeit von Klimaschutz und Investitionen in fossile Energieträger und Technologien entsteht – bald platzen. Um finanzielle Stabilität zu wahren, muss Divestment deshalb konsequent durchgeführt werden.

### **5) Gefahrenabwehr für die Bevölkerung**

**In NRW werden Uranbrennstäbe gefertigt und an Reaktoren wie Thiangen und Doel verkauft. Die Lieferverpflichtung hierfür ist durch einen Vertrag geregelt. Andererseits gibt es gegenüber den Menschen in Europa die grundsätzliche Verpflichtung zum sicheren Betrieb von AKWs. Durch die offensichtlichen Sicherheitsmängel im Betrieb der genannten AKWs wird jedoch die Bevölkerung nicht nur in NRW unmittelbar gefährdet.**

**Wir sind der Meinung, dass**

- **wegen des Verstoßes gegen die Pflicht zum sicheren Betrieb von AKWs bis zur vollständigen Beseitigung der Mängel keine weiteren Lieferungen von Brennstäben aus NRW erfolgen dürfen**

- **auf die belgische Regierung mit allen legalen Mitteln eingewirkt werden muss, auf Atomkraft zu verzichten.**

### **Wie setzen Sie sich für die Gefahrenabwehr für die Bevölkerung ein?**

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Atomkraftwerke in Tihange und Doel stillgelegt werden. Wir haben uns in der Landesregierung immer wieder dafür eingesetzt, dass Tihange abgeschaltet wird. Das Land ist auf unseren Druck hin beiden Klagen gegen den Weiterbetrieb von Tihange beigetreten. Zudem haben wir uns auf Bundesebene und auch im Gespräch mit Vertreter\*innen der belgischen Regierung dafür eingesetzt, dass die Kraftwerke Tihange und Doel endgültig stillgelegt werden.

Aus unserer Sicht ist es nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung den Transporten der Brennstäbe nach Belgien zugestimmt hat. Nach rechtlicher Einschätzung unter anderem der GRÜNEN Bundestagsfraktion wäre es der Bundesregierung – allen voran dem SPD-geführten Bundeswirtschaftsministerium – durchaus möglich gewesen, den Ausfuhr der Brennelemente in diesem Fall zu untersagen. Die Bundesregierung vertritt hier jedoch eine andere Rechtsauffassung. Wir GRÜNE werden uns auf Bundesebene weiterhin dafür einsetzen, dass Ausführgenehmigungen für Brennelemente in die Reaktoren in Belgien, soweit dies rechtlich möglich ist, untersagt werden.

### **6) Kommunale Infrastruktur - ÖPP**

**Aufgrund "knapper Kassen" werden in den Kommunen viele notwendige Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr durchgeführt. Stattdessen forciert man vermehrt sogenannte ÖPP-Projekte (Öffentlich-Private Partnerschaften), obwohl seit Jahren durch Prüfungen der Rechnungshöfe bekannt ist, dass diese ÖPP-Projekte für Steuerzahler insgesamt nicht besser, aber vor allem teurer sind als öffentlich durchgeführte Projekte. Außerdem müssen sie als versteckte Schulden angesehen werden, da die öffentliche Hand für wirtschaftliche Fehlleistungen haftet.**

**Wir sind der Meinung, dass**

- **sämtliche bisherigen ÖPP-Projekte in NRW unter Beteiligung der Öffentlichkeit auf den Prüfstand sollten, um deren langfristige Wirtschaftlichkeit (Soll/Ist) zu prüfen**
- **ein Verbot für alle anstehenden und zukünftigen ÖPP-Projekte erlassen werden muss, zumindest aber ein Moratorium bis zur Klärung der bisherigen Verträge notwendig ist.**

### **Wie stehen Sie zu den Ausführungen der Rechnungshöfe?**

Wir GRÜNE sehen ÖPP-Projekte ebenfalls kritisch und nehmen die Warnungen der Rechnungshöfe ernst. Oft zahlt die öffentliche Hand bei ÖPP-Projekten im Vergleich zu einer Eigenrealisierung am Ende drauf. Während Privatinvestoren sich die finanziellen Engpässe öffentlicher Kassen zu Nutzen machen und durch ÖPP-Modelle Gewinne erwirtschaften, bleiben die Risiken solcher Vorhaben weiter in staatlicher Hand und belasten damit unter Umständen die Finanzlage der öffentlichen Haushalte noch weiter. ÖPP-Projekte sind zudem häufig schon allein deshalb wenig wirtschaftlich, da sich private Investoren im Regelfall zu einem höheren Zinssatz verschulden müssen als der Staat.

Fair ist auch die Ausgangslage nicht: insbesondere mittelständischen Unternehmen fehlen oft Kapazitäten und Knowhow, um tatsächlich im Bieterwettbewerb mit Großinvestoren Schritt zu halten. Zudem begünstigen ein zunehmend verwobenes Geflecht aus Interessen und Verantwortlichkeiten Korruption und Misswirtschaft.

Daher empfiehlt der Landesrechnungshof in NRW, erst nach einer belastbaren und hinreichenden Bedarfsfeststellung zu entscheiden, ob eine Maßnahme als ÖPP-Modell umgesetzt werden soll oder nicht. Ein solches Vorgehen gebietet auch die Landeshaushaltsordnung: § 7 sieht vor, dass zu allen finanzwirksamen Maßnahmen angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchgeführt werden müssen. Wir GRÜNE befürworten daher eine intensive Prüfung und Evaluierung aller Projektphasen und setzen auf umfassende Kontrollen durch Rechnungshöfe und die Kommunalaufsicht. Die Realisierung von ÖPP-Projekten muss mit höchster Sorgfalt abgewogen und alle Projekttestufen hinreichend von Verwaltungsseite begleitet und überwacht werden. Wir stehen zudem für einen starken öffentlichen Dienst und den Ausbau von juristischem, betriebswirtschaftlichem und technischem Knowhow – auch und gerade um Risiken für den Staat – und damit für die Steuerzahler\*innen – besser einschätzen und gegebenenfalls abwenden zu können.

Kommt man zu dem Schluss, dass trotz aller Vorbehalte die Realisierung eines ÖPP-Projektes sinnvoll ist, müssen die Risiken zwischen öffentlichen und privaten Projektteilnehmer\*innen fair austariert werden. Vergaberechtliche Aspekte gilt es zu wahren und es muss sichergestellt werden, dass die Gemeinwohlaufgabe der öffentlichen Hand durch eine einschlägige Vertragsgestaltung nicht negativ beeinträchtigt wird. Die Umsetzung von ÖPP-Projekten in NRW haben wir GRÜNE bisher kritisch begleitet. Dies werden wir auch weiterhin tun.

### **7) Privatisierung von Bundesfernstraßen (ÖPP)**

**Für Bau, Betrieb und Unterhalt der Bundesfernstraßen soll eine Infrastrukturgesellschaft gegründet werden, was de facto zu ihrer Privatisierung führt. Dies geht nur über eine Änderung des Grundgesetzes, und NRW würde damit seine Zuständigkeit entzogen.**

**Zahlreiche Studien und zuletzt sogar der wissenschaftliche Beirat des Verkehrsministeriums haben sich eindeutig gegen eine Privatisierung (ÖPP) des Straßenbetriebes wegen höherer Kosten als bei Betrieb durch die öffentliche Hand ausgesprochen. Auch hier handelt es sich um eine versteckte Verschuldung.**

**Wir sind der Meinung, dass**

- **Bundesfernstraßen zum Gemeingut gehören und nicht privatisiert werden dürfen**
- **das Grundgesetz nicht geändert werden darf, um eine Infrastrukturgesellschaft zu ermöglichen, die Privatisierungen über Tochtergesellschaften und/oder ihre Umwandlung in eine Gesellschaft privaten Rechts (GmbH, AG) zur Folge hat. NRW muss im Bundesrat diese geplante Änderung ablehnen.**

**Wie stehen Sie zu diesem aus privatwirtschaftlichen Gründen geplanten Eingriff in das Gemeinwohl?**

Eine Bundesfernstraßengesellschaft würde Privatisierung begünstigen und einen „Finanzierungskreislauf Straße“ schaffen, der eine ökologische Verkehrswende erschwert. Daher sind wir gegen eine Änderung des Grundgesetzes und für Reformen innerhalb des bestehenden Systems der Auftragsverwaltung.

## **8) Krankenhausmisere**

**Der Pflegenotstand in den Krankenhäusern spitzt sich immer mehr zu. Die pflegerische und ärztliche Versorgung von Kranken wird immer weiter reduziert, während der "Papierkrieg" für sogenanntes Qualitätsmanagement immer mehr zunimmt. Zudem steht seit der Einführung von Fallpauschalen nicht mehr der kranke Mensch und sein individuelles Schicksal im Vordergrund, sondern der Erlös aus der Behandlung des Patienten. Nur durch Einsparungen in der Behandlung, durch Pauschalisierungen und Outsourcen eigentlich krankenhaustypischer Leistungen können Krankenhäuser Gewinn machen. Seither schreitet die Privatisierung voran und konzentriert sich zunehmend auf lukrative Behandlungen.**

**Wir sind der Meinung, dass**

- der Landtag in NRW die Bundesratsinitiative des Saarlandes unterstützen muss, in der die Bundesregierung dazu aufgefordert wird, die Krankenhauspflege zu verbessern. Personaluntergrenzen dürfen nicht nur für pflegesensitive Bereiche festgelegt werden, sondern müssen für alle pflegerischen Bereiche gelten und das Personal muss angemessen bezahlt werden.**
- Fallpauschalen abgeschafft werden müssen.**
- Einsparungen z.B. auch durch die Anerkennung von Voruntersuchungen in der Diagnose berücksichtigt werden, statt unnötige, aber lukrative Doppeluntersuchungen vorzuschreiben.**

**Wie stehen Sie zur Sicherung der Gesundheitsleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger?**

Wir teilen die Kritik am bestehenden Finanzierungssystem der Leistungen in den Krankenhäusern. Dabei sind Pflegeleistungen in dem bestehenden Abrechnungssystem völlig unzureichend abgebildet und finanziert. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für bundesweit verbindliche Personalbemessungsinstrumente bei der Pflege und für eine bessere und angemessene Finanzierung der Pflegeleistungen ein. Die Bundesratsinitiative des Saarlandes zur Verbesserung der Pflege in den Krankenhäusern zeigt das Problem der Pflegestellen in den Krankenhäusern deutlich auf. NRW unterstützt daher bereits den Antrag.

Im sogenannten DRG-System zur Abrechnung der Krankenhausleistungen werden die erbrachten Leistungen nicht gleich angemessen vergütet; dadurch entstehen Fehlanreize hin zu Fächern mit vielen lukrativen Diagnosen. Dies führt dazu, dass Bereiche mit besonderen patientenindividuellen Anforderungen, mit hohen Vorhaltekosten und nur geringen Möglichkeiten der elektiven Leistungssteuerung (beispielsweise Geburtshilfe, Notfallversorgung) benachteiligt und unterfinanziert sind. Demgegenüber sind andere Bereiche finanziell lukrativ, was zu Fehlanreizen und auch lukrativen Doppeluntersuchungen führt. Hier sehen wir – so wie Attac - erheblichen Handlungsbedarf, die bestehenden Fehlanreize zu beseitigen.

## **9) Lebensmittelvernichtung**

**Jährlich werden ca. 20% der erzeugten Nahrungsmittel auf dem Weg vom Erzeuger über den Handel zum Verbraucher vernichtet.**

### **Wir sind der Meinung, dass**

- **die Vernichtung von Lebensmitteln sollte verboten werden**
- **eine Verpflichtung zur Offenlegung der Verluste vom Erzeuger zum Verbraucher bestehen sollte**
- **Supermärkte verpflichtet werden müssen, unverkaufte Nahrungsmittel zu spenden.**

### **Wie stehen Sie dazu?**

Genießbare Lebensmittel werden überall in Deutschland weggeschmissen, sowohl in privaten Haushalten als auch in der Lebensmittelindustrie und im Einzelhandel. Die Ursachen für diese unglaubliche Ressourcenverschwendung sind vielseitig und politisch vor allem über EU- und Bundesrecht zu lösen. Das macht es so schwierig, eine umfassende Lösung für alle Bereiche zu finden. Ein pauschales Wegwerfverbot halten wir daher für wenig praktikabel.

Um Lebensmittelverschwendung entgegen zu wirken, setzen wir GRÜNE uns für die Aufhebung unsinniger Handelsnormen, für bedarfsgerechte Einkaufsmöglichkeiten, die Überprüfung des Konzepts des Mindesthaltbarkeitsdatums, die Förderung nachhaltiger Lebensmittelerzeugung, die Stärkung der Wertschätzung von Lebensmitteln und die Intensivierung der Verbraucheraufklärung und -forschung ein. Darüber hinaus sehen wir große Entwicklungspotenziale bei der Steigerung der Recyclingquote und der Intensivierung der Bioabfallverwertung.

Die Politik der aktuellen Bundesregierung ist in erheblichem Ausmaß mit Schuld an unserem Umgang mit Lebensmitteln. Bei der Fleischproduktion, aber auch in anderen Bereichen, setzt sie auf Masse statt Klasse und auf eine vermeintlich billige Massenproduktion. Die Überproduktion von Lebensmitteln hat System und das Wegwerfen ist mit eingeplant. Somit ist ein konsequentes Vorgehen gegen die industrielle Massenproduktion von Lebensmitteln ein wesentliches Ziel, für das wir GRÜNE schon seit Jahren eintreten. Hier muss endlich ein Umdenken stattfinden!

Deutschland hinkt europäischen Nachbarn wie Österreich oder Großbritannien hinterher, die schon lange wissenschaftlich fundierte politische Maßnahmenpläne gegen Nahrungsmittelverschwendung vorzuweisen haben. Das brauchen wir auch in Deutschland, denn oftmals werden die Verluste an Lebensmitteln im Laufe der Produktion nicht ausreichend erfasst. Für die Einführung eines Gesetzes nach französischem Vorbild, bei dem der Groß- und Einzelhandel unverkaufte Ware wiederverwerten oder spenden muss, möchten wir uns stark machen. Durch Regelungen wie diese rückt das Thema ins Zentrum der politischen Agenda und Verbraucher\*innen werden für das Thema sensibilisiert.

Der Groß- und Einzelhandel ist jedoch nicht der Hauptverursacher für Lebensmittelverschwendung, denn gerade einmal 5 Prozent (550.000 Tonnen pro Jahr) an Lebensmittelverlusten gehen jährlich auf den Groß- und Einzelhandel zurück. Der absolute Löwenanteil von 61 Prozent (6.700.000 Tonnen pro Jahr) wird von privaten Haushalten verursacht. Aus diesen Gründen ist eine Sensibilisierung der Verbraucher\*innen für das Thema und eine Steigerung der Wertschätzung für Lebensmittel essenziell. Eine Offenlegung der Verluste von den Erzeuger\*innen zu den Verbraucher\*innen kann hier im Sinne der Transparenz und der Verbraucherbildung nur dienlich sein.



### **10) Steuergerechtigkeit**

**Um Steuern zu sparen, werden von international tätigen Unternehmen z.B. über Lizenzgebühren, Gewinne in Staaten verschoben, in denen die Gewinne gar nicht erwirtschaftet wurden. Damit werden lediglich niedrige Steuersätze ausgenutzt. Dies führt zu einer Benachteiligung von kleinen und mittleren nicht-international tätigen Unternehmen und untergräbt die Steuerbasis für die öffentliche Hand.**

**Wir sind der Meinung, dass**

- **diese Steuervermeidungspolitik internationaler Unternehmen unterbunden werden muss, z.B. durch eine Berichtspflicht über ihre Umsätze und Gewinne aufgeschlüsselt nach einzelnen Staaten.**

### **Wie stehen Sie zur Steuergerechtigkeit?**

Für uns GRÜNE sind Steuergerechtigkeit und die Schaffung eines gerechten und solidarischen Steuersystems sehr zentrale Anliegen. Wir kämpfen daher sowohl im Land, als auch im Bund und auf EU-Ebene konsequent gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidungstricks und jedwede Form aggressiver Steuergestaltung und setzen uns für ein faires Steuersystem ein. Wir stimmen Attac zu, dass Steuerdumping und die Nutzung von Lizenzmodellen dem gesellschaftlichen Zusammenhalt wie auch der wirtschaftlichen Prosperität erheblich schaden. Bisher gehen den europäischen Steuerzahler\*innen Schätzungen zufolge jährlich zwischen 50 und 70 Milliarden Euro Unternehmenssteuern durch Patentboxen und andere Steuerschlupflöcher verloren. Das ist besonders bedenklich angesichts der Tatsache, dass Unternehmen von öffentlichen Investitionen, der staatlichen Infrastruktur und Rechtssicherheit innerhalb der EU profitieren und benachteiligt zudem kleine und mittlere Unternehmen. Begünstigt wird die Steuerumgehung dabei durch die Intransparenz internationaler Unternehmensstrukturen. Darüber hinaus zeugen Skandale wie „Lux-Leaks“ oder „Panama Papers“ gar von der Entstehung einer regelrechten Parallelgesellschaft, in der Banken, Unternehmen und Vermögende im Geheimen nach ihren eigenen Regeln wirtschaften. Während ehrliche Steuerzahler\*innen unser Gemeinwesen mitfinanzieren, entziehen sich multinationale Unternehmen und besonders Vermögende allzu häufig einem angemessenen Finanzierungsbeitrag. Diese Zustände sind untragbar und dürfen nicht länger aufrechterhalten werden.

Auf EU-Ebene setzen wir uns daher für die Einführung eines europäischen Mindeststeuersatzes für Unternehmen ein und unterstützen das Vorhaben der Europäischen Kommission, die Bemessungsgrundlagen EU-weit zu vereinheitlichen. Um die Versteuerung von Unternehmensgewinnen transparent zu machen, befürworten wir GRÜNE eine zeitnahe Umsetzung des sogenannten country-by-country reportings, bei dem Konzerne ihre Gewinne für einzelne Staaten klar ausweisen müssen. Ferner fordern wir eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Gewinnverschiebungen ins Ausland, welche Steuervermeidung durch Lizenzzahlungen behindern würde, die Beendigung doppelter Nicht-Besteuerung sowie eine Anzeigepflicht von Steuervermeidungsstrategien. Wir werden zudem nicht müde, für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu werben, um auch den vergleichsweise

unproduktiven Finanzsektor entsprechend an den Investitionen für das öffentliche Gemeinwesen zu beteiligen.

Auf Bundesebene treibt uns derzeit besonders die Umsetzung der Vierten EU-Antigeldwäscherichtlinie um, welche die Einrichtung eines Transparenzregisters auf nationaler Ebene vorsieht und einen Überblick über die wahren Eigentümer\*innen von Unternehmen und Trusts geben soll, um Steuervermeidung und Geldwäsche mittels Briefkastenfirmen zu bekämpfen. Der aktuelle Kabinettsentwurf der Bundesregierung regelt allerdings, dass das Register in Deutschland nur Personen mit berechtigtem Interesse zugänglich sein soll. Ende März hat der Bundesrat über den Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten. Er hat sich klar für ein öffentlich zugängliches Transparenzregister ausgesprochen. Die Große Koalition muss jetzt endlich ihre Blockadehaltung gegen eine umfängliche Umsetzung der Richtlinie aufgeben und ein vollständig öffentlich zugängliches Transparenzregister einführen.

Alles in allem ist der Weg zur Herstellung von Steuergerechtigkeit ein sehr steiniger. Er besteht aus vielen verschiedenen Baustellen und wird von starken Lobbyinteressen flankiert und zusätzlich erschwert. Wir GRÜNE werden jedoch nicht einknicken und uns weiterhin vehement für eine gerechte, solide und transparente Besteuerung einsetzen. Wir freuen uns, dass Attac unsere Ziele bei diesem wichtigen Unterfangen teilt!